

Antrag**der Fraktion der CDU/CSU****Eine europäische Antwort auf das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung geben – Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Arbeitsplätze sowie die Innovation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft kann nur mit massiven Investitionen und einer klugen Infrastrukturpolitik gelingen. Gleichzeitig ist der Ausbau des Angebots gerade in Zeiten von Energieknappheit und Inflation eine vordringliche Aufgabe. Wir können eine klimaneutrale, souveräne europäische Wirtschaft nicht herbeiregulieren, wir müssen sie herbeinvestieren: Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat das verstanden und vor allem mit steuerlichen Entlastungen Investitionsanreize gesetzt. Das Anfang dieses Jahres in Kraft getretene US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung sieht massive Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe in Klimaschutz, erneuerbare Energien und saubere Technologien vor. Einige Regelungen in dem Gesetz verknüpfen Vergünstigungen mit dem Erfordernis einer Produktherstellung in Nordamerika. Unabhängig vom US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung haben die deutsche und europäische Wirtschaft aufgrund explodierender Energiekosten bereits mit einer verschlechterten Wettbewerbssituation gegenüber Unternehmen in den USA zu kämpfen. Das US-Gesetz verschärft dies noch. Diese Entwicklungen führen zu Spannungen im transatlantischen Verhältnis und lösen in der EU Sorgen über die Zukunft des Investitionsstandorts Europa aus. Konkret werden Wettbewerbsverzerrungen und Verlagerung von europäischen Industrien in die USA befürchtet. Dabei kommt es angesichts der angespannten Konjunkturlage der Weltwirtschaft aber wesentlich auf das konstruktive Zusammenwirken von Europa und den USA an. Nur eine starke transatlantische Partnerschaft kann Chancen für eine klimaneutrale Zukunft der Weltwirtschaft nutzen und unseren Standort international wettbewerbsfähig halten. Und die USA selbst müssen ein Interesse an einem starken Europa haben – Europa und die USA sind Partner im Systemwettbewerb mit anderen Ländern.

Die monatelange Untätigkeit der Bundesregierung schwächt den Standort Deutschland und Europa. Nicht nur versäumt sie weiterhin entschlossene Maßnahmen zur Sicherung des Energieangebots. Seit Monaten warten Wirtschaft und unsere europäischen Partner auf eine klare Position der Bundesregierung zum US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung. Weder der Bundeskanzler noch der Bundeswirtschaftsminister haben

bislang eine überzeugende und umfassende Strategie für eine europäische Antwort vorgelegt. Das Führungsvakuum in Europa unter dieser Bundesregierung zeigt sich erneut deutlich. Mit jeder verlorenen Woche fallen mehr Investitionsentscheidungen für die USA und damit gegen Deutschland und Europa.

Auch die USA sollten ein Interesse daran haben, dass ihr US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung so ausgestaltet wird, dass es nicht zu weiteren Spannungen in den Handelsbeziehungen mit der EU kommt. Angesichts der aktuellen Herausforderungen und geopolitischen Umwälzungen brauchen wir eine starke transatlantische Partnerschaft mehr denn je. Gelingt eine Verständigung mit den USA, kann der Inflation Reduction Act deutsche und europäische Exporte und damit den transatlantischen Handel sogar stärken.

Neben den laufenden Verhandlungsbemühungen der EU-Kommission um eine Abschwächung der Auswirkungen des US-Gesetzes auf Europa ist ein kluges strategisches Gesamtkonzept erforderlich. Dabei muss die Devise lauten: Innovation und Investitionen in Europa vornehmlich durch marktwirtschaftliche Instrumente anreizen, Rahmenbedingungen verbessern und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kontinents stärken. Die EU-Kommission will Anfang Februar einen neuen Industriepan für Europa vorlegen. In die hierzu bereits seit Monaten laufende Debatte hat sich die Bundesregierung erst Ende letzten Jahres und damit sehr zögerlich eingebracht. Dabei handelte sie erneut ohne ausreichende Abstimmung mit unseren Partnern und löste dadurch bei einer Reihe von Mitgliedstaaten Sorgen vor einem teuren Subventionswettlauf und Friktionen für den EU-Binnenmarkt aus. Dies zeigt einmal mehr, dass die Ampel-Regierung die notwendige Sensibilität und Kommunikation mit europäischen Partnern vermissen lässt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Dialog mit den USA in der US-EU-Taskforce zum US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung und im EU-US-Handels- und Technologierat zu intensivieren, um die handelspolitischen Spannungen abzubauen und einen Subventionswettlauf zu verhindern;
2. sich gemeinsam mit unseren europäischen Partnern und der EU-Kommission in Verhandlungen mit der US-Regierung entschieden für eine Gleichbehandlung europäischer Unternehmen einzusetzen;
3. die Handelspolitik der EU als ein wesentliches geopolitisches Gestaltungsinstrument zu nutzen. Hierzu gehören auch neue Energie- und Rohstoffpartnerschaften. Neben der Ratifikation verhandelter Abkommen ist auch die Verhandlung neuer Abkommen u.a. mit Indien und ASEAN sowie eine Vertiefung bestehender Partnerschaften erforderlich, insbesondere mit den USA;
4. Innovationen, Klimaschutz und saubere Technologien in Europa gezielter anzureizen. Wasserstofftechnologie, smart grids, effizientere Solar- und Windanlagen, Kernfusion und Quantencomputing sind nur einige Beispiele für relevante Entwicklungen und Technologien, die auch in der geplanten Zukunftsstrategie Forschung und Innovation eine deutlich wichtigere Rolle spielen müssen. Zum Transfer entsprechender Forschung braucht es Umsetzungsstrategien mit einem klarem Wettbewerbsfokus. Eine besondere Bedeutung kommt der Wasserstofftechnologie zu. Damit Deutschland das Wasserstoffland Nr.1 werden kann, muss die Bundesregierung unverzüglich klären, wer wie für die Wasserstoff-Infrastruktur in Deutschland sorgt. Insgesamt müssen für diese Anreize bestehende EU-Finanzmittel und -instrumente wie "NextGenerationEU" und "REPowerEU" besser genutzt, die Einrichtung immer neuer Instrumente und -fonds vermieden und die Aufnahme neuer EU-Schulden kategorisch ausgeschlossen werden;
5. sich für die Verbesserung von Rahmenbedingungen einzusetzen und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas zu stärken. Insbesondere brauchen wir ein international wettbewerbsfähiges Steuer- und Abgabensystem, flexible Arbeitsmärkte, eine Fachkräfteoffensive sowie eine innovationsfreundliche Regulierung. Digitalpolitische Regulierung darf nicht nur – wie DMA und DSA – einhegende Wirkung haben, sondern muss insbesondere innovative Entwicklungen in Europa ermöglichen. Regulierungen wie der AI

Act sind entsprechend innovationsfördernd auszugestalten. Wettbewerbsrelevante Initiativen wie der Chips Act müssen strategischer entwickelt und schneller umgesetzt werden;

6. auf nationaler und europäischer Ebene eine verbindliche Bürokratiebremse für Belastungen durch EU-Recht bzw. dessen Umsetzung und ein Praxis-Check in der Gesetzgebung einzuführen, die effizienten Vollzug, digitalisierte Prozesse und Anforderungen von kleinen und mittleren Unternehmen berücksichtigen. Die Bundesregierung muss endlich das von ihr angekündigte Belastungsmoratorium ernst nehmen, auch für EU-Regulierung muss es jetzt wirksam werden. Die grundlegende Überarbeitung oder Aussetzung von völkerrechtlichen oder unionsrechtlichen Vorgaben, die Planungs- und Genehmigungsverfahren schwieriger machen, sind ein weiterer zentraler Baustein zur Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Europa. Oberstes Ziel muss die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sein;
7. sich eng mit unseren europäischen Partnern abzustimmen und eine Fragmentierung des Binnenmarktes und Subventionswettläufe zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu verhindern. Deshalb muss eine Anpassung der EU-Beihilferegeln befristet und gezielt erfolgen und sich darauf fokussieren, Verfahren zu vereinfachen, ohne Beihilfeumfänge immer weiter anschwellen zu lassen.

Berlin, den 24. Januar 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion